

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

№ 293.

Erscheint jeden Wochentag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M., 50 Pf., u. monatlich 75 Pf.

30. Jahrgang.
Dienstag, den 17. Dezember.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige.

1878.

Tageschau.

Freiberg, 16. Dezember.

In den letzten Tagen empfing Kaiser Wilhelm noch verschiedene Beglückwünschungs-Deputationen, darunter auch eine von Vertretern der Berliner Geislichkeit. An der Spitze derselben begrüßte General-Superintendent Dr. Brückner Se. Majestät mit einer Anrede, in welcher hervorgehoben wurde, daß zwar in der Berliner Geislichkeit verschiedene Richtungen und Ansichten vertreten seien, dieselben doch sämtlich in der Treue und Anhänglichkeit für den Kaiser und sein Haus übereinstimmen. Der Kaiser knüpfte an die Worte an und bemerkte, daß allerdings in der Berliner Geislichkeit Manches vorgekommen sei, was ihm mißfallen habe, doch habe er die Treue und Anhänglichkeit der gesammten dortigen Geislichkeit nie bezweifelt und nehme die erneute Versicherung derselben gern entgegen. Zur Lage selbst übergehend, bemerkte der Kaiser ungefähr: die großen Städte gleichen einem Schwamme, der Alles aufsaugt. Zahlreiche Menschen strömen aus den kleineren Städten und vom Lande, wo in Folge dessen die Arbeitskräfte fehlen, nach Berlin, um hier Glück und Reichthum zu finden. Die Reisten würden enttäuscht, dadurch unzufrieden und mißmutig, und daraus erkläre sich im Wesentlichen das rapide Anwachsen der Sozialdemokratie. Der Kaiser ging sodann auch auf die letzten und vorletzten Berliner Reichstagswahlen und auf die Theilnahme der Sozialdemokratie an denselben ein und schloß ungefähr mit den Worten: Es sei jetzt eine Aera, in welcher man die Fürsten zu beseitigen strebe, in der irrigen Hoffnung, dadurch bessere Zustände zu erzielen. Ihm selbst sei ja aller Voraussicht nach nur noch eine kurze Spanne Zeit zugemessen, in dieser Nähe sein Leben im Gottes Hand und eine verbrechliche Richtung der Zeit werde ihn nie hindern, wie bisher so auch ferner seine Pflicht zu thun.

Bemerkenswerth ist auch die Ansprache, welche der greise Monarch an die Lehrer der Berliner Gemeindegemeinschaft richtete. Bei den wärmsten Gefühlen, sagte der Kaiser, wie sie für mich in der eben gehörten Adresse zum Ausdruck gebracht sind, darf ich von der Lehrerschaft der Berliner Gemeindegemeinschaft erwarten, daß dieselbe auch der Jugend die Augen öffnen wird über unsere Zeit, in der die Widersetzlichkeit gegen die Oberen und Vorgesetzten soweit um sich gegriffen hat, daß sie sich sogar gegen den Thron richten konnte. Die Anhänger jener Partei haben in Berlin seit den letzten Jahren die Zahl von 58 000 erreicht; diese nehme ich von der Million der Einwohner Berlins, die mir bei meiner Rückkehr einen so herzlichen Empfang bereitet hat, aus. Aber nicht bloß bei uns, sondern bei allen zivilisirten Nationen, namentlich in Europa, das ja die zivilisirtesten Völker und Institutionen besitzt, hat sich das verderbliche Bestreben jener Partei gezeigt. Wenn die traurigen Verhältnisse, welche mich betreffen, dazu beitragen haben, dies unserem Volke zum Bewußtsein zu bringen, so will ich, wie ich es schon bei meiner Ankunft ausgesprochen habe, gern dafür gebüßt haben. Die neue Gesetzgebung wird, wie ich hoffe, Vieles zur Besserung der jetzigen Zustände, die ich schon vor zehn Jahren vorausgesehen habe, beitragen. Vieles muß aber auch in dieser Beziehung durch Erziehung und Unterricht der Jugend geschehen. Auf die Quantität des Wissens kommt es dabei weniger an. Es wird jetzt in den Schulen ja Vieles gelehrt, doch darf das nicht hintenangelassen werden, was für die Erziehung von besonderer Wichtigkeit ist; dahin gehört vor allen Dingen die Religion. Ihre wichtige und schwere Aufgabe, meine Herren, ist es daher, die Jugend in wahrer Gottesfurcht zu unterweisen und mit Achtung vor den heiligen Gütern zu erfüllen.

Der Kaiser und die Kaiserin feiern am 11. Juni 1879 das Fest ihrer goldenen Hochzeit. In einigen Kreisen haben schon Vorbereitungen über die Feier des denkwürdigen Tages stattgefunden; die Berliner Kaufmannschaft soll bereits das dem kaiserlichen Paare zu widmende Geschenk in Bestellung gegeben haben. — Der jähre Tod der Großherzogin von Hessen, der Schwester der deutschen Kronprinzessin, hat auch am Berliner Hofe die tiefste Trauer hervorgerufen. Die kaiserlichen Majestäten begaben sich sofort nach Empfang der Schreckensnachricht in das kronprinzliche Palais, woselbst nach englischer Sitte, als Zeichen tiefster Theilnahme und Trauer, die stores sämtlicher Fenster heruntergelassen waren. Die kaiserlichen

Hohelien werden mit mehreren Mitgliedern des königlichen Hauses bei den Beisetzungsfeierlichkeiten in Darmstadt anwesend sein. Natürlich erfährt man auch die Vermählung des Herzogs von Connaught mit Prinzessin Louise Margarethe, welche jetzt im engsten Familienkreise begangen werden wird, einen beträchtlichen Aufschwung; man spricht davon, daß die Hochzeit erst nach dem Ofterfeste stattfinden soll.

Das „Montags-Blatt“ schreibt: „Nach dem mit Oesterreich vereinbarten Abkommen wegen Abzuges seines Meistbegünstigungs-Vertrages für ein Jahr, kann Oesterreich seine Zölle so hoch wie möglich festsetzen, es darf nur die deutschen Produkte nicht mehr wie die eines anderen Landes belassen. Mit dem 1. Januar tritt in Oesterreich der gegen die jetzigen Sätze wesentlich erhöhte autonome Zolltarif in Kraft. Indem der deutsche Tarif vorläufig unverändert bleibt, werden durch das neue Abkommen eine Anzahl deutscher Interessenten geschädigt, so namentlich durch die Aufrechterhaltung des Kohlenverkehrs die Industriellen Schlesiens und Sachsens, aus deren Bezirken zahlreiche Schmerzschreie bereits ertönen.“

Infolge Ablebens der Frau Großherzogin von Hessen-Darmstadt ist daselbst eine 12wöchentliche Hoftrauer (bis zum 7. März) angeordnet worden. Wir berichteten hierbei das in letzter Nummer fälschlich angegebene Geburtsjahr der Verewigten. Sie wurde am 25. April 1843 geboren, hatte also bei ihrem Tode das 36. Lebensjahr noch nicht beendet. — Von Seiten aller Fürsten sind Beileidstelegramme eingegangen. Das herzlichste und trostreichste unter denselben ist das des Kaisers Wilhelm.

Die mecklenburgischen Stände sind auf den Vorschlag ihrer Regierungen eingegangen und werden Deputirte wählen, um die Beratungen über eine Modifikation der Landesverfassung vorzubereiten.

Der Landtag von Braunschweig wurde Ende voriger Woche im Auftrag des Herzogs durch den Staatsminister Schulz mit einer Rede eröffnet, welche zunächst dem Schmerz und der Entrüstung über die gegen den Kaiser gerichteten Freveltthaten, sowie dem Danke gegen die Vorlesung über die Wiederergänzung Ausdruck verleiht. Die Eröffnungsrede gedenkt sodann mit Befriedigung der erhebenden Kundgebungen treuer Anhänglichkeit an Kaiser und Reich und spricht die Hoffnung aus, daß die gegen eine bekannte Umsturzpartei ergriffenen kräftigen Maßregeln dazu beitragen werden, den Gefahren, welche auch den volkswirtschaftlichen Entwicklungsgang tief schädigen, ein Ende zu machen.

Die Finanzlage des Herzogthums sei nicht mehr so befriedigend, wie bei Eröffnung des vorigen Landtages; eine baldige Besserung derselben sei wesentlich nur von einer Verminderung der dem Reiche zu zahlenden Matricularbeiträge zu erwarten. In der sich anschließenden ersten Sitzung des Landtages stellte der Abg. v. Veltheim den Antrag, an das herzogliche Staatsministerium das Ersuchen zu richten, dasselbe möge im Hinblick auf die neuerdings eingetretenen Verhältnisse in Erwägung ziehen, ob und welche Maßregeln getroffen werden können, damit im Falle der Erledigung des Thrones des Herzogthums die in der durch die Reichsverfassung verbürgte Selbständigkeit des Landes einbegrieffene ordnungsmäßige Verwaltung vor Störungen geschützt werde, und zu dem Ende die für sachgemäß erachteten Vorlagen baldthunlichst an die Landesversammlung gelangen lassen.

Der österreichische Reichskanzler, Graf Andrassy, kann wirklich von Glück sagen; er ist Sieger in den Delegationen geblieben und nun kommt auch der Ausschuss des Wiener Abgeordnetenhauses mit dem Antrage, den Berliner Friedensvertrag zu acceptiren, ohne ein Labels- oder Mißtrauensvotum daran zu knüpfen. Der Abgeordnete Hertß beantragte allerdings am 14. d. folgende Resolution:

„Indem das Abgeordnetenhause dem Berliner Vertrage seine Zustimmung erteilt, erklärt es, an der Adresse haltend, es vermöge nicht, eine Politik, als den wahren Interessen der Monarchie entsprechend, anerkennen, welche schon bisher unverhältnismäßige Opfer erheischt habe und in ihrer weiteren Entwicklung eine ernste Gefährdung der Finanzen des Staates und eine dauernde Verwirrung der staatsrechtlichen Verhältnisse nach sich ziehen müsse. — Der Abg. Grocholski beantragte die Genehmigung des Vertrages und eine Resolution im Sinne der Bekämpfung jeder Bestrebung nach einer Erweiterung der Machtphäre Russlands in der Türkei. — Der Abg. Sturm beantragte, den Vertrag nicht zuzugenehmigen. Bei der Abstimmung wurden die Anträge Sturm's und Hertß's abgelehnt und der Antrag Schachmid's angenommen, dem Berliner Vertrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.“

Hertß meldete hierauf allerdings ein Minoritätsvotum an, allein es ist kaum zu erwarten, daß er damit weder im Ausschusse noch im Plenum des Hauses Geschäfte machen wird. — An demselben Tage wurde in der ungarischen Delegation der außerordentliche Heereskredit pro 1879 in Höhe von 20 Millionen Gulden mit großer Majorität bewilligt. Graf Andrassy führte in dieser Sitzung aus, die Einverleibung von Serbien und Montenegro wäre die schiefste und unglücklichste Politik gewesen, die man hätte befolgen können. Serbien sei wohl auch ein slavischer Staat, aber zugleich ein unabhängiger, mit einer Verfassung und eigener nationaler Entwicklung. Das serbische Volk hätte es nie verziehen, wenn Oesterreich ihm seine Unabhängigkeit genommen hätte. Ein Gleiches gelte von Montenegro. Statt des Dankes würde Oesterreich ewige Feindschaft eines ungetheilten Elements gewonnen haben. Graf Andrassy widerlegte sodann die Behauptung des Grafen Apponyi, daß Rußland heute ungehindert durch Rumänien aus- und eingehen könne, wie durch sein eigenes Gebiet. Der Minister betonte hierbei, der Berliner Kongress habe ein unabhängiges Rumänien geschaffen, welches die Schelwandler zwischen der Türkei und Rußland bildet. Durch die von der Regierung befolgte Politik sei der Entschluß Rumäniens, seine Rechte zu verteidigen, ein viel größerer geworden, als er früher gewesen. Schließlich widerlegte Graf Andrassy die Behauptung, daß die Okkupation des Dualismus erschüttern würde, indem er seine längere Rede mit den Worten schloß: Es ist wiederholt hier und anderwärts gesagt worden, durch die Okkupation sei der Dualismus gefährdet. Ich halte dafür, daß die neuen Provinzen weder geographisch, noch ethnographisch so wichtig sind, daß sie den Schwerpunkt der Monarchie verrücken und seine Staatsordnung stören könnten. Die Basis des Dualismus ist das Gesetz, sein Hüter ist der König. Nicht unsere Politik gefährdet den Dualismus, sondern jene Politik, welche die Opposition empfiehlt; denn wenn es sich zeigen würde, daß eine Aktion, welche unsere politische, militärische und kommerzielle Stellung begehrt, durch den Dualismus unmöglich gemacht wird, dann wäre es erwiesen, daß der Dualismus für die Monarchie nicht die geeignete Form sei. Thatsachen beweisen, daß zur Zeit, als Ungarns Recht verkannt war, als die starre Centralisation herrschte, Oesterreich Provinzen verlor, während es jetzt die schwierigsten Verhältnisse siegreich bestand. Das jene den Dualismus angreifen, welche denselben dulden, aber nicht lieben, das ist begreiflich. Unbegreiflich aber ist, daß jene ihn angreifen, welche den Dualismus schützen und stützen sollten. Ich habe diese Politik gemacht, überzeugt, daß Ungarn, welches die Stürme feindlicher Jahrhunderte ertragen hat, auch die Last der Administration von Provinzen mit 1 oder 1 1/2 Millionen Einwohner ertragen wird. In dieser Ueberzeugung empfehle ich die Votirung der zwanzig Millionen nach dem Antrage der Majorität. (Beifall und Bewegung.) — Der Kaiser hat den Feldzeugmeister Baron Philippovic eingeladen, nach Pest zu kommen und in der Oeser Burg Abtheilungsquartier zu nehmen. Baron Philippovic trat am Sonnabend Abend daselbst ein. — Nach Berichten, welche der hochoffiziösen Montagsrevue zukommen, schicken sich die Russen zur Räumung derjenigen Plätze an, welche sie in Folge der Einnahme des Rückzugs nach Adrianopel wieder besetzt hatten. — Die anlässlich der Delegationsession zur Zeit in Pest weilenden Regierungsbeamten kommen Mittwochs nach Wien zurück.

Die Ministerkrise in Italien ist noch nicht beendet. Carotoli zeigte am Sonnabend der Deputirtenkammer an, daß der König die Demission des Cabinets angenommen habe und daß das Cabinet die Geschäfte bis zur Bildung des neuen Ministeriums fortführen werde. Die Kammer vertagte sich hierauf. — Der König hat mit mehreren hervorragenden politischen Persönlichkeiten Besprechungen über die noch immer schwierige parlamentarische Lage gehabt. — Auch eine Versammlung der Führer der Rechten hat stattgefunden, um sich über die fernere von ihnen zu beobachtende Haltung ins Einvernehmen zu setzen. Carotoli wohnte einer Versammlung der Führer der Linken bei, um zu prüfen, ob eine Vereinbarung möglich sei. Die Idee, ein neues Cabinet aus Elementen aller Fraktionen zu bilden, stößt auf Schwierigkeiten.